



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



am 06. Juni 2014

Inhalt

- 1. Gutes Ergebnis der SPD bei der Europawahl**
- 2. Gesetzlicher Mindestlohn kommt**
- 3. Haushalt 2014: Mehr Geld für sozialdemokratische Prioritäten**
- 4. Ende der Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung**



Gutes Ergebnis der SPD bei der Europawahl

Bei der Europawahl am 25. Mai konnte die SPD ordentlich zulegen. Im Bund mit 27,3 und in Hessen mit 30,3 Prozent konnten die Sozialdemokraten jeweils einen starken Zuwachs von ca. 6 Prozentpunkten verzeichnen. Ein Grund hierfür war sicherlich das hohe Ansehen unseres Spitzenkandidaten Martin Schulz und unser Kurs für ein gerechtes und soziales Europa.

Nach Wahlanalysen war außerdem für über die Hälfte der Wählerinnen und Wähler der SPD die Bundespolitik entscheidend. Das zeigt: gute Regierungsarbeit zahlt sich aus – auch und gerade in einer Großen Koalition. Besonders freut uns die gestiegene Wahlbeteiligung um 5 Prozentpunkte. Es war richtig, europäische Spitzenkandidaten aufzustellen und die Europawahl mit der Entscheidung über den künftigen Präsidenten der Europäischen Kommission zu verbinden. Umso wichtiger ist es aber nun, dass das Votum der europäischen Wählerinnen und Wähler von den Staats- und Regierungschefs respektiert wird. Das Europäische Parlament hat sich mit großer Mehrheit, unter anderem mit den Stimmen der Konservativen und Sozialdemokraten, für den EVP-Spitzenkandidaten Jean-Claude Juncker als neuen Präsidenten der Kommission ausgesprochen. Dieses Mehrheitsvotum zu missachten ist eine Wählertäuschung, die die europäische Demokratie schwächt.

Gerade angesichts des Aufstiegs rechtspopulistischer und europafeindlicher Parteien in vielen Ländern dürfen wir keinen Zweifel daran lassen, dass wir für ein demokratisches Europa kämpfen und die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler achten. Dazu fordern wir, u.a. in der Regierungserklärung im Bundestag zur Besetzung der Spitzenposten in Brüssel, auch Bundeskanzlerin Merkel und die CDU auf: die „Hinterzimmerpolitik“ muss ein Ende haben. Wir akzeptieren den Wählerwillen, denn so sieht für uns Demokratie aus!

Gerade vor diesem Hintergrund finden wir das Ergebnis der europafeindlichen und rechtspopulistischen AfD erschreckend. Dass Teile in der CDU, insbesondere die hessischen Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch und Erika Steinbach, eine Zusammenarbeit in Erwägung ziehen und Übereinstimmungen sehen, ist für uns unglaublich. Die CDU muss klar Position beziehen: gegen die AfD und für Europa!

Wort gehalten! Der gesetzliche Mindestlohn kommt



Nachdem wir in der letzten Sitzungswoche das Rentenpaket verabschiedet haben, brachte unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles am Donnerstag im Plenum den Gesetzentwurf für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ein.

Damit wird sich das Leben von Millionen von Menschen in Deutschland verbessern und eine der zentralen Gerechtigkeitslücken am Arbeitsmarkt geschlossen.

Konkret garantiert die Neuregelung, dass der gesetzliche Mindestlohn (von anfangs 8,50 Euro in der Stunde) von den Tarifpartnern und nicht von der Politik festgelegt wird. „Damit geben wir der Arbeit ihren Wert zurück“, betonte Ministerin Nahles. Mit der gesetzlichen Haltelinie gegen Dumpinglöhne werden die Weichen für eine Neuordnung der Arbeit gestellt. Nach Jahrzehnten der Deregulierung bekommt Arbeit ihre Würde zurück.

Der Mindestlohn ist eingebettet in ein [Maßnahmen- und Tarifbündel](#). Momentan arbeitet in Deutschland nur noch die Hälfte der Beschäftigten in Betrieben mit einem Branchentarifvertrag. Mit dem Tarifpaket hält nun wieder mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt Einzug. Der Gesetzentwurf geht nun ins parlamentarische Verfahren und soll zum 1. Januar 2015 in Kraft treten.

Haushalt 2014: Mehr Geld für sozialdemokratische Prioritäten

Bis spät in die Nacht tagte am gestrigen Donnerstag die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses, dessen Mitglieder den Bundeshaushalt 2014 verabschiedeten. Dabei gelang es, den Regierungsentwurf mit sozialdemokratischer Handschrift zu optimieren. Hier einige Maßnahmen – gern zum weitersagen:

- 10 Millionen mehr für die politische Bildung
- 40 Millionen mehr für Integrationskurse
- 9 Millionen mehr für syrische Flüchtlinge
- 10 Millionen mehr für das Technische Hilfswerk

- 10 Millionen für Programm „Altersgerecht Umbauen“
- 1 Million mehr für die Jugendverbandsarbeit
- 29 Millionen mehr für national bedeutsame Kulturinvestitionen
- 10 Millionen für Stiftung HIV-Geschädigte durch verseuchte Blutkonserven
- 2,5 Millionen für Marktwächter im Verbraucherschutz
- 2,5 Millionen (aufwachsend auf insgesamt 50 Millionen) für ein neues Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ für den Erhalt historischer Orte von Weltrang

Ende der Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung

In dieser Woche wurde in 2./3. Lesung auch die Finanzstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung auf eine solide Grundlage gestellt. Gleichzeitig wird sich die Versorgungsqualität verbessern. **Der paritätisch finanzierte Beitragssatz für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) wird auf 14,6 Prozent festgesetzt.**

Das ist ein wichtiger Verhandlungserfolg für die SPD. Die vom Einkommen unabhängigen pauschalen Zusatzbeiträge werden damit abgeschafft. Eventuelle Zusatzbeiträge können von den Kassen künftig nur noch abhängig vom Einkommen der Versicherten erhoben werden.



Im Einzelnen: Der Entwurf [des GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetzes](#) sieht vor, zum 1. Januar 2015 den paritätisch finanzierten Beitragssatz für die GKV auf 14,6 Prozent in dieser Wahlperiode festzusetzen. Damit zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber künftig jeweils 7,3 Prozent. Der bisher von den gesetzlich Versicherten zu zahlende Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozent Beitragssatzpunkten wird entfallen.

Die Krankenkassen können künftig über die Höhe der prozentualen Zusatzbeiträge selbst entscheiden. Das heißt, wenn eine Kasse mit dem gesetzlich festgelegten Beitragssatz von 14,6 Prozent finanziell nicht zurechtkommt, kann sie von den Versicherten einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben.

Wegen der stark unterschiedlichen Höhe der durchschnittlichen Einkommen der versicherten Mitglieder müssten Krankenkassen mit überdurchschnittlich verdienenden Mitgliedern beim gleichen Finanzierungsbedarf einen geringeren einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben als Krankenkassen mit unterdurchschnittlich verdienenden Mitgliedern. Damit dies nicht zu Risikoselektionsanreizen und Wettbewerbsverzerrungen führt, wird ein unbürokratischer und vollständiger Einkommensausgleich eingeführt. **So wird sichergestellt, dass sich der Wettbewerb an den Bedürfnissen der Versicherten orientiert und sich die Krankenkassen um eine wirtschaftliche und qualitativ hochwertige Versorgung bemühen. Die Versicherten können, wenn sie den Zusatzbeitrag nicht bezahlen wollen, über ein Sonderkündigungsrecht die Krankenkasse wechseln.**

Außerdem soll ein neu eingerichtetes „Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen“ verständliche und verlässliche Kriterien für den Behandlungserfolg entwickeln und messen. Die Patientinnen und Patienten werden hierdurch bei der Entscheidung über Therapieform und Behandlungsort unterstützt. Sie können sich dort behandeln lassen, wo die besten Behandlungserfolge beim entsprechenden Krankheitsbild erzielt werden. Ziel ist es, darüber insgesamt die Qualität der medizinischen Behandlung zu sichern und auszubauen.

Unser Tipp:

-Ausbildungs-ASS: Vorbildliche Ausbilder in Nordhessen gesucht! Unter www.ausbildungsass.de können sich Unternehmen und Initiativen, die sich vorbildlich um die Ausbildung junger Menschen kümmern, noch bis zu 31. Juli um den Titel „Ausbildungs-Ass 2014“ bewerben.

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einenschnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia